

Autor: Zehrfeld, Sina
Seite: 25
Mediengattung: Tageszeitung

Jahrgang: 2019
Reichweite: 9.053

Fall Ampeco – Regierung rudert nach Vorwurf zurück

Dinslaken (szf) Das Auswärtige Amt hat im Namen der Bundesregierung auf die Beschwerde der Dinslakener Firma Ampeco reagiert. Die Bundesregierung werde ihre Aussagen zu Ampeco „dahingehend präzisieren, dass die Ampeco GmbH als Importeur von Mineralien aus in Indien abgebautem Sand tätig ist“, teilte das Amt mit. Beim Unternehmen begrüßte man die Nachricht, hat aber noch einmal mit einem neuen Schreiben an das Auswärtige Amt nachgelegt. Zufrieden ist man nämlich noch nicht.

Ampeco findet sich, wie berichtet, zu Unrecht an den Pranger gestellt: Die Regierung habe sie mit kriminellen Machenschaften rund um illegalen Sandabbau in Indien in Verbindung

gebracht. Und zwar in ihrer Antwort auf eine „Kleine Anfrage“ der Partei Die Linke. Darin hatte die Bundesregierung nämlich erklärt, nach ihrer Kenntnis sei Ampeco „in Indien im Sandabbau tätig“ und von einer Regelung betroffen, nach der seit 2013 „der Abbau und Export von Strandsand für private Firmen verboten ist, sofern die Quelle der Strandmineralien nicht nachgewiesen werden kann“. Die Firma Ampeco hat sich für die Reaktion bedankt und zugleich ihren Punkt betont. Sie beklagt „die wahrheitswidrige Diskreditierung des Unternehmens durch das Auswärtige Amt als ein in Indien tätiges Bergbauunternehmen, dem dann im politischen Raum eine Zugehörigkeit zur Organisierten Kriminalität, ökologischem Raubbau

und Journalistenmord unterstellt wurde“. Das nämlich sind tatsächlich Probleme, die mit dem illegalen Abbau und Export von Sand zusammenhängen. Sie lieferten der Partei Die Linke auch den Anlass zur Anfrage.

Außerdem bittet Ampeco um eine Klärstellung zum Abau- und Exportverbot. Das Abbauverbot gelte seit 2013, das Exportverbot erst seit 2016 und nur dann, wenn die Quelle des Materials nicht nachgewiesen werden könne: „Das Exportverbot ist konditional.“ Außerdem importiere Ampeco ausschließlich Granatmineral. In den Ausführungen der Bundesregierung war auch von anderen Substanzen wie Monazit, Titaneisen und Zirkon die Rede.

Wörter: 288